



## Verbraucherschutz: Mehrwert für Konsumenten schaffen

Viel ist in den letzten Jahren an Regulatorik rund um den Verbraucher aufgebaut worden.

Wer es wagt, nach der Sinnhaftigkeit dieser Vorschriftenflut zu fragen, macht sich verdächtig, es mit dem Verbraucherschutz nicht so ernst zu nehmen. Über diesen Verdacht erhaben sind allerdings die fünf Wirtschaftsweisen. Der Tag, an dem sie ihr jährliches Gutachten präsentieren, ist wie ein TÜV-Termin für die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Auch der im November 2017 vorgelegte Bericht enthält Mängelhinweise. Einer davon findet sich auf Seite 231: Die Regulierung des Finanzsektors gehöre regelmäßig und umfassend evaluiert, „um ineffektive Regulierungen zu identifizieren und gegebenenfalls abzuschaffen“. Vor allem der finanzielle Verbraucherschutz sollte nach Ansicht der Wirtschaftsexperten endlich auf den Prüfstand.

### REGULATORISCH BEDINGTER RÜCKZUG AUS DER WERTPAPIERBERATUNG

Angesichts der vielfältigen Aufklärungs- und Dokumentati-

onspflichten für Bankgeschäfte treffen die Wirtschaftsweisen mit ihrer Forderung nach einem Regulierungsscheck den Nagel auf den Kopf. Ursprünglich von der Politik als Hilfestellung gedacht, begraben unverhältnismäßige Dokumentationspflichten Bankkunden heute nur zu oft unter einem Berg Papier. Jüngstes Beispiel: die EU-Finanzmarktrichtlinie MiFID 2.

Noch bevor die Vorgaben zur Wertpapierberatung im Januar überhaupt in Kraft traten, hatten Bankkunden einen MiFID 2-Beipackzettel von rund drei Dutzend Seiten erhalten.

Eine weitere Nebenwirkung von überzogenem Verbraucherschutz: Es wird für die Konsumenten zunehmend schwieriger, sich in Fragen der Geldanlage beraten zu lassen. Durch die

Regulierungsflut wird die Wertpapierberatung für manche Regionalbanken zum Draufzahlgeschäft. Die Folge: Es droht ein regulatorisch bedingter Rückzug insbesondere von kleineren Kreditinstituten aus der Wertpapierberatung.

Und deshalb sollte eine Diskussion darüber geführt werden,

welche Maßnahmen Beratungsqualität verbessern und welche sie abschaffen. Verbraucherschutz und Regulatorik im besten Sinne zu verbinden ist nicht trivial. Werden die falschen Maßnahmen ergriffen, kann das den Konsumenten erheblich schaden. Wir brauchen deshalb in Deutschland dringend eine Debatte darüber, wie ein zeitgemäßer Verbraucherschutz gestaltet sein müsste.

### VERBRAUCHER RICHTIG SCHÜTZEN

Vertrauensvolle Beratung ist der beste Verbraucherschutz. Die zunehmenden Dokumentations-, Informations- und Aufklärungspflichten belasten dieses Vertrauensverhältnis. Deshalb sollte künftig bei Gesetzesvorhaben intensiv gefragt werden: Wie wirkt sich die geplante Maßnahme auf dieses Vertrauensverhältnis aus?

Zudem müssen Verbraucherrechte auch im Internet angemessen geschützt werden. Egal ob Zahlungsverkehr, Geldanlage oder Ratenkredite, viele Verbraucher nutzen heute Online-dienste. Vergleichsportale zum Beispiel beeinflussen Millionen von Menschen bei der Wahl einer Versicherung oder eines Kredits. Für Nutzer ist aber kaum ersichtlich, wie die Ranglisten erstellt werden. Es sind Zweifel angebracht, ob immer das bes-

te Angebot angezeigt wird. Die Verbraucherschutzpolitik muss das aufgreifen und den Verbraucher auch in der digitalen Welt schützen.

Selbst diese kurze Bestandsaufnahme zeigt: Verbraucherschutzvorschriften dienen leider nicht immer dem Interesse der Konsumenten.

Wie von den Wirtschaftsweisen vorgeschlagen, braucht es daher dringend einen Regulierungsscheck. Zum Beispiel in Form einer Auswirkungsstudie, die analysiert, was die Maßnahmen der letzten Jahre gebracht haben, inwieweit sie wirklich den Kunden nutzen und wo nachjustiert werden muss.

Und zu guter Letzt: Verbraucherschutz ist immer auch Sparschutz. Dieser Schutz ist aber gefährdet: Die EU-Kommission will eine gemeinsame europäische Einlagensicherung einführen. Im Notfall müssten dann deutsche Bankkunden für die Einlagen in anderen Eurostaaten haften. Ein Risiko für Verbraucher, das Verbraucherschützer bis dato nicht auf der Agenda haben. Eine zeitgemäße Verbraucherschutzpolitik sollte auch hier klare Kante zeigen – gegen eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung.

**Dr. Jürgen Gros**  
Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB)



**Dr. Jürgen Gros**  
Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB)

„Ineffektive Regulierungen abschaffen“

## Zum Thema „Verbraucherschutz im Finanzmarkt – Mehr Regulierung oder bessere Regulierung?“...

... haben Professor Dr. Franz-Christoph Zeitler, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzmärkte, und Silke Wolf, stellvertretende Ausschuss-Vorsitzende, ein ausführliches Positionspapier verfasst und konkrete Vorschläge für eine bessere Regulierung vorgelegt. Sie können dieses Positionspapier herunterladen unter: [www.wbu.de/positionen/positionspapiere](http://www.wbu.de/positionen/positionspapiere)

